

V-15 Umgang mit den Protesten der Letzten Generation

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 03.06.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Weitere Anträge

1 In den letzten Monaten waren die Proteste der Letzten Generation und insbesondere
2 die
3 Sitzblockaden großer Straßen ein Ärgernis für viele Berliner*innen. Wir sehen und
4 bedauern
5 das. Als Klimaschutzpartei sehen wir aber auch die in diesen Protesten zum
6 Ausdruck
7 gebrachte Verzweiflung und Ohnmacht. Über viele Jahre streikte Fridays For
8 Future, besetzten
9 Aktivist*innen Lützerath und protestierten viele andere überall in Deutschland.
10 Doch das
11 alles führte zu keinem entschlossenen Handeln der Bundesregierung, da vor allem
12 FDP und SPD
13 blockieren. Deswegen ist es verständlich, dass die Letzte Generation mit zivilem
14 Ungehorsam
15 Aufmerksamkeit für den Klimaschutz generiert.

16
17 Als Klimaschutzpartei teilen wir das Anliegen einer entschiedenen
18 Klimaschutzpolitik. Die
19 Letzte Generation fordert Maßnahmen, für die wir schon seit Jahren kämpfen.
20 Umfassende und
21 ernsthafte Klimaschutzpolitik beinhaltet auch definiert bindende Sektorziele. Wir
22 fordern
23 von unserer Bundespartei sich im Koalitionsausschuss dafür einzusetzen, dass die
24 Sektorziele, insbesondere im Verkehrssektor, beibehalten und verschärft werden.
25 Wir fordern Klimaschutzmaßnahmen und nicht unsolidarische Debatten über
26 Protestformen von
27 jungen Menschen, die sich für den Klimaschutz und damit schlicht und einfach für
28 ein
29 politisches Ziel von Verfassungsrang einsetzen.
30 Es gab mehrfach dokumentierte Vorfälle, in denen von der Berliner Polizei
31 Schmerzgriffe
32 angewendet wurden, um friedlich sitzende Aktivist*innen von der Straße zu zerren.
33 Das
34 verurteilen wir aufs Schärfste und fordern eine Aufarbeitung der polizeilichen
35 Maßnahmen,

sowie der Vorverurteilung der Letzten Generation als kriminelle Vereinigung ohne das Vorliegen eines entsprechenden gerichtlichen Urteils. Kriminalisierende staatliche Mittel wie die Präventivhaft lehnen wir ab. Überzogene Haftstrafen ohne Bewährung für friedlich Demonstrierende halten wir für unangemessen und den falschen Umgang mit den berechtigten Sorgen. Die Demonstrierenden setzen sich für internationale Verträge, das Grundgesetz und geltendes Recht ein. Ebenso verurteilen wir physische Angriffe, Beleidigungen und Selbstjustiz gegen die Demonstrierenden, sowie massiv despektierliche und sachlich unrichtige Bezeichnungen der Protestierenden als "Terroristen" oder Ähnliches. Wir fordern vom Berliner Senat auch, den Schutz der Protestierenden vor Angriffen durch Autofahrende sicherzustellen. Die Letzte Generation fordert konsequenten Klimaschutz, der den Anforderungen des von Deutschland unterzeichneten Pariser Klimaabkommens genügt und dadurch unser aller Lebensgrundlagen sichert. Wir fordern, dass mit der Letzten Generation gesprochen, ihr Anliegen ernst genommen und ihm durch konsequenten Klimaschutz die Notwendigkeit entzogen wird.